

Ausgehend von der Wirtschaftsleistung haben die vorangegangenen Arbeitsblätter schon einen wesentlichen Teil der Staatstätigkeit in der Wirtschaft dargestellt. Solche vielfältigen Aktivitäten erfordern ein Gesamtkonzept, eine Wirtschaftspolitik eben.

Unter **Wirtschaftspolitik** versteht man als Teilgebiet der Volkswirtschaftslehre die angewandte Mikro- und Makroökonomie. Diese Anwendung erfolgt durch den **Staat**, welcher sich aus wirtschaftlicher Sicht aus den Gebietskörperschaften (Bund, Länder und Gemeinden mit Legislative, Exekutive und Judikative), den staatlichen Pflichtversicherern (Renten-, Kranken-, Arbeitslosen- und Pflegeversicherern) sowie der Zentralbank zusammensetzt. Durch seine zahlreichen Eigenbetriebe und Beteiligungen agiert der Staat auch als Unternehmer.

Wirtschaftspolitik

Die Wirtschaftspolitik läßt sich verschieden untergliedern. Nach der Bedeutung und dem Zeithorizont unterscheidet man **Ordnungs-** (langfristig, grundlegend, verlässlich) und **Prozeßpolitik** (kurzfristig, korrigierend). Nach dem Gegenstand läßt sich eine Gliederung in **Wettbewerbs-** (z.B. Kartell-) und **Arbeits- und Sozialpolitik** (z.B. Arbeitsschutz- und Verteilungspolitik) vornehmen. Diese Politik erfolgt vornehmlich durch Gesetzgebung und bildet dann den sog. ordnungspolitischen Rahmen, die Wettbewerbsordnung oder die Arbeits- und Sozialordnung, welche zusammen als Wirtschaftsordnung bzw. Wirtschaftsverfassung bezeichnet werden. Eine weitere Untergliederung der Wirtschaftspolitik ist nach den Wirkungsfeldern möglich, wobei dann immer auch eine konkrete Verantwortlichkeit zugemessen wird (z.B. Geldpolitik durch die Bundesbank, Fiskalpolitik durch Gebietskörperschaften und Pflichtversicherer).

Ordnungspolitik

Prozeßpolitik

Wirtschaftsordnung

Art und Umfang des staatlichen Engagements sind umstritten. Als Zielbild der Wirtschaftspolitik gilt hingegen übereinstimmend das **Magische Viereck** der Wirtschaftspolitik. Magisch heißt es deshalb, weil es wohl magischer Kräfte bedarf, alle Ziel gleichzeitig voranzutreiben. So hat eine restriktive Geldpolitik der Zentralbank (durch hohe Zinsen) zwar einen günstigen Einfluß auf die Geldwertstabilität, gleichzeitig behindern die hohen Kapitalkosten Konjunktur und Wachstum.

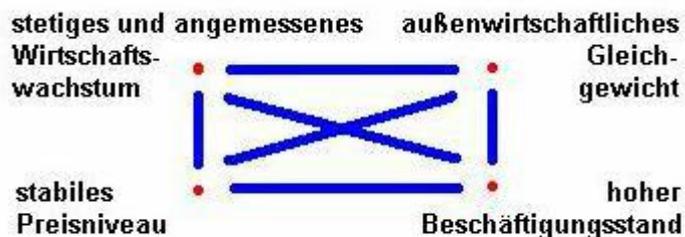


Abb. 15-1:
Magisches Viereck

Das Magische Viereck wurde auch zur Eingangsaufforderung im Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes von 1967 und ist somit Auftrag an die jeweiligen Bundesregierungen.

Wachstums- und
Stabilitätsgesetz

Mitunter wurde versucht, das Magische Viereck zu Fünf- oder Sechsecken durch die Ergänzung z.B. des ökologischen oder sozialen Gleichgewichts auszubauen. Diese Bestrebungen scheiterten jedoch daran, daß die zu ergänzenden Ziele nicht eindeutig quantifiziert werden konnten.

Jean-Baptiste Say,
französischer
Ökonom
1767-1832

Ausgangspunkte der verschiedenen Auffassungen zur Wirtschaftspolitik sind unterschiedliche Bewertungen des Marktes. Vereinfacht geschrieben gehen Klassiker und Neoklassiker (Neoliberale) davon aus, daß die Märkte effizient regulieren und Wachstum und Wohlstand hervorbringen. Dieses Verständnis geht auf *J.-B. Say* zurück, der mit dem nach ihm benannten **Say'schen Theorem** die Grundlage für ein Vertrauen in die Märkte und in das Angebot legte (**angebotsorientierte Politik**). Danach schafft jedes Angebot durch den Konsum der Anbieter im Ergebnis der Verkaufserlöse sich selbst seine Nachfrage. Nur funktionierende Märkte schaffen den Wohlstand, welchen der Staat dann umverteilen kann. Daher müsse er die Märkte schützen.

β Fortsetzung
von AM 14

Diese positive Bewertung wird auch auf die Konjunktur übertragen. Während in Wachstumsjahren neue Branchen entstehen, gehen nicht wettbewerbsfähige Zweige in Rezession und Depression unter. Es findet ein positiver Strukturwandel statt, der zu höherer Effizienz und dauerhaftem Wachstum führt. Letzteres überkompensiert die Freisetzung von Arbeitskräften besonders in Krisenjahren, wodurch die Konjunktur auch nicht zu Arbeitslosigkeit führt.

John Meynard
Keynes,
Baron K. of Tilton,
(1883-1946),
wurde mit der „Allg.
Theorie der
Beschäftigung, des
Zinses und des
Geldes“ (1936) zum
Begründer einer
neuen Richtung der
Volkswirtschaftslehre

Die Weltwirtschaftskrise 1929-32 war für *J.M. Keynes* Grund genug, dies in Zweifel zu ziehen und ein Ungleichgewicht auf dem Arbeitsmarkt festzustellen, während die anderen Märkte schon wieder dem Gleichgewicht nahe kamen. Er formulierte es als Aufgabe des Staates, die Konjunktur so zu beeinflussen, d.h. zu glätten, daß die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt minimiert werden. Daher nennt man dieses Konzept auch **antizyklisch**, gegen die Konjunkturschwankungen gerichtet. Als Mittel wird dem Staat die Beeinflussung der Nachfrage empfohlen (**nachfrageorientierte Politik**), entweder durch eine Veränderung der Staatsnachfrage selbst und/oder durch eine Einwirkung auf die Nachfrage der anderen Wirtschaftssubjekte über die Steuern.

antizyklische,
nachfrageorientierte
Politik

Bei der Untersuchung der Auswirkungen der Staatsnachfrage auf die Gesamtwirtschaft kann man feststellen, daß durch eine multiplikative Verknüpfung von Einnahmen und Wiederausgaben insgesamt die Wirtschaftsleistung stärker steigt als der ursprüngliche Betrag der zusätzlichen Nachfrage durch den Staat. Man nennt diesen Effekt **Multiplikatoreffekt**. In der Realität wird die Multiplikatorwirkung jedoch verhindert oder geschwächt, weil der Staat diese zusätzlichen Ausgaben durch ihrerseits nachfragedämpfende Steuern oder private Kapitalnachfrage verdrängende Kredite (Druck in Richtung Zinssteigerung) finanziert.

Strukturpolitik

Multiplikatoreffekt

Als Ausgleich der durch die antizyklische Steuerung ausgefallenen Allokationseffekte des Konjunkturzyklus (z.B. „Nicht-Untergang“ unrentabler Industrien) muß der Staat erneut eingreifen und selbst *Strukturpolitik* betreiben. Sowohl die Steuerung über die Nachfrage, die in wirtschaftlich guten Zeiten die Drosselung der Wirtschaft und die Bildung einer Rücklage für die Finanzierung der Nachfrage in schlechteren Zeiten verlangt hätte, als auch die Entscheidung über die Wirtschaftsstruktur durch den Staat (und nicht durch den Markt) gelten heute als problematisch und praktisch nicht gelungen.

wachstums- und
angebotsorientierte
Politik

Insbesondere dann, wenn insgesamt der Wachstumspfad nicht mehr ansteigt, wie z.B. durch die Umverteilungsprozesse während der Ölkrise in den siebziger Jahren, greift das antizyklische Instrumentarium nicht mehr. Zu Beginn der achtziger Jahre hat sich daher die **wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik** durchgesetzt, die durch Rücknahme von Marktbeschränkungen und mit der Forderung "*neue Märkte für neue Güter*" eine Konzentration auf das Wirtschaftswachstum unabhängig vom Konjunkturverlauf vorsieht. Eine staatliche Strukturpolitik gibt es hier folgerichtig nicht.

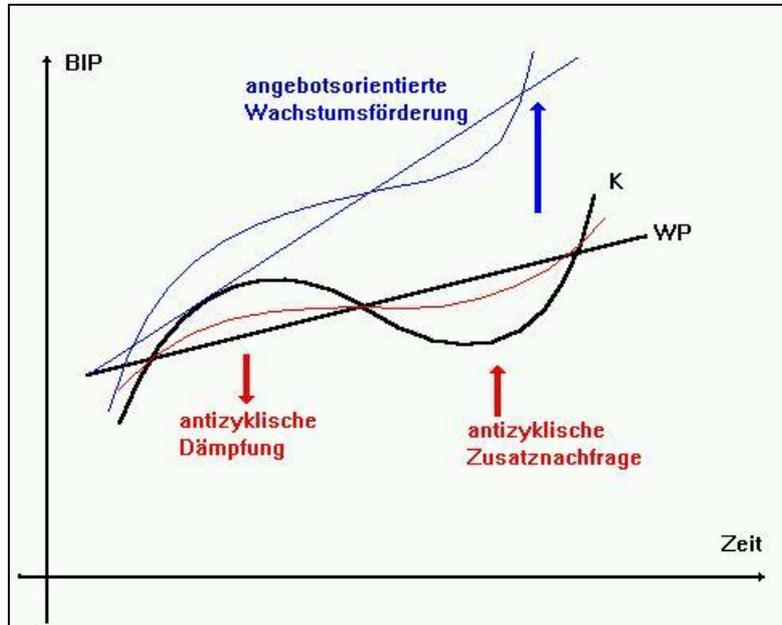


Abb.15-2:
Ansätze der
Konjunktur-
und
Wachstumspolitik

Ein hohes Wirtschaftswachstum soll vor allem durch ein verstärktes Angebot der Unternehmen erreicht werden, daher wird sie auch als **angebotsorientiert** bezeichnet und greift die neoklassischen Ansätze wieder auf.

Dennoch gab es in der praktischen Politik keinen völligen Bruch mit den keynesianischen Ansätzen. Die Abbildungen 15-3 und 15-4 zeigen, wie seit der Wirtschaftskrise von 1967 alle Bundesregierungen, auch die konservativ-liberalen, auf Wachstumseinbrüche mit vermehrten (kreditfinanzierten) Staatsausgaben reagiert haben. In den anderen Industrieländern lassen sich ebenso beide Ansätze in der praktischen Politik wiederfinden. Allerdings sind Schwerpunktsetzungen wie z.B. mit neoliberalen Themen in den USA oder keynesianischen in Frankreich deutlich erkennbar.

Weitere Erläuterungen zu den unterschiedlichen Schulen und deren gegenwärtiger Auseinandersetzung sind im ä AM 20 zu finden.

Abbildung 15-3:
Reales Wachstum des BSP,
Quelle Statistisches Bundesamt

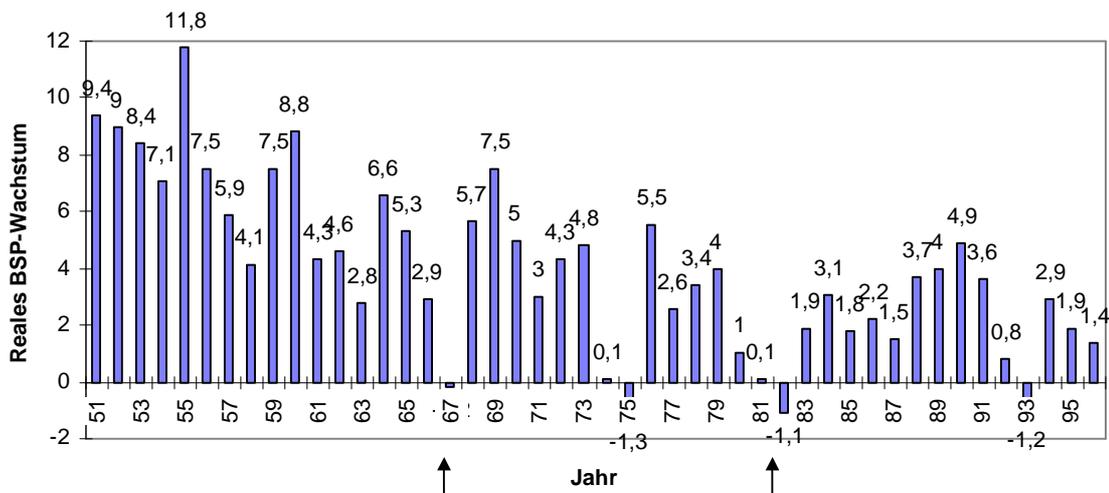


Abbildung 15-4:
Netto - Neuverschuldung
des Bundes,
Quelle Die Zeit 1995

